

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 368
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 15. Dezember 1933

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1934.

Beginn der Budgetverhandlungen im Wiener Gemeinderat.

Der Gemeinderat der Stadt Wien begann heute die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1934. Die Verhandlungen leitete amtsführender Stadtrat Dr. Danneberg mit einer grossangelegten Rede ein, in der er ausführte:

Die grosse Wirtschaftskrise, die nun schon mehr als drei Jahre dauert, wirkt auf den öffentlichen Haushalt doppelt ein; sie schmälert die Einnahmen und sie steigert die Ausgaben. Das Gespenst des Defizits taucht überall auf und muss bekämpft werden. Schwerste politische Krisen sind oft die Folge davon. Wie den Staaten, geht es auch den Städten. New York hat sich dem Kommando der Banken unterworfen müssen, um einen Ueberbrückungskredit zu erhalten, der ihm die Aufrechterhaltung seiner Zahlungen ermöglichen sollte. Für die Städte Deutschlands musste eine grosse Umschuldungsaktion eingeleitet werden. Wir in Wien sind in der glücklichen Lage, nur eine sehr geringe Schuldenlast tragen zu müssen, die unser Budget bloss mit 1'3 Millionen Schilling belastet. Hätten wir den Ratschlägen Folge geleistet, die uns in vergangenen Jahren die Aufnahme grosser Anleihen empfohlen haben, so wären wir heute mit einer Jahreslast von 50 und mehr Millionen Schilling für die Schuldentilgung genau so unbeweglich und bedrückt wie andere Städte. So aber haben wir die Möglichkeit zu grösserer Bewegungsfreiheit in schwerster Wirtschaftskrise.

Könnten wir normal wirtschaften, so würde unter den Einwirkungen der Krise unser Voranschlag bei sparsamen Ausgaben einen Abgang von 23'8 Millionen Schilling aufweisen, ohne dass wir zu Steuer- oder Tarifierhöhungen hätten greifen müssen. Dieser Abgang wäre durch weitere Sparmassnahmen ohne allzugrosse Schwierigkeiten zu decken gewesen. Ja, wir hätten dabei noch die Bewegungsfreiheit gehabt, unsere Steuern den Krisenverhältnissen besser anzupassen. Wenn wir heute viel grössere Sorgen haben, so sind sie nicht auf eine schlechte Verwaltung oder eine schlechte Finanzpolitik Wiens zurückzuführen, sondern auf politische Eingriffe, die seit dem 12. April mit einer Reihe von Notverordnungen erfolgt sind, durch die sich die Bundesregierung verschiedener Verpflichtungen gegenüber der Gemeinde Wien entledigt, der Gemeinde Wien umgekehrt auch noch eine schwere Last auferlegt und ausserdem noch in ihr Steuerwesen eingegriffen hat. Das hat das Defizit des Voranschlages bis zum Zeitpunkte seiner Fertigstellung im Finanzausschuss auf 108 Millionen Schilling erhöht. Seither sind wieder Verordnungen erschienen, die uns veranschlagte Einnahmen entziehen wollen. Wir können dies im Budget ebensowenig berücksichtigen wie die Auswirkung unserer eigenen Steuergesetznevennen und müssen uns damit begnügen, einen allgemeinen Antrag zu stellen, dass Mindereinnahmen durch Aenderung der Steuergesetze, soweit sie nicht durch Mehreinnahmen aus anderen Steuern gedeckt werden können, durch weitere Sparmassnahmen wettzumachen sind. Wir stehen vor der grossen Aufgabe, einen riesenhaften Abgang decken zu müssen, der ans Leben geht. Es ist dazu erforderlich, dass im nächsten Jahre keine neuen Wohnhausbauten begonnen werden und dass wir die Bezahlung der Gemeindeangestellten und Pensionisten an die der Bundesangestellten und Bundespensionisten angleichen. Diese beiden Massnahmen ermöglichen eine Ersparung von 48 Millionen Schilling.

Die Massnahmen sind hart und haben bedauerliche wirtschaftliche und soziale Folgen. Wir konnten jahrelang erfreulicherweise melden, dass das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in Wien nur halb so schnell erfolgte

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II.

Wien, am

als in den anderen Ländern. Die ausgiebige Investitionstätigkeit der Gemeinde hat dabei mitgeholfen. Hatten wir doch Jahre, in denen wir mehr als 30 Prozent unserer Ausgaben, Beträge von mehr als 100 Millionen Schilling, für reine Investitionen verwenden konnten, wobei die Investitionsarbeiten der städtischen Unternehmungen gar nicht mitgerechnet sind.

Im Jahre 1933 hat eine andere Entwicklung begonnen. Die Arbeitslosigkeit ist in Wien verhältnismässig stärker angewachsen als in anderen Bundesländern. Mitten im Budgetjahr hat die Regierung mit ihren Eingriffen uns schwerste finanzielle Einbussen zugefügt, die unverzügliche Massnahmen notwendig machten. So haben wir schon heuer starke Kürzungen des Personalaufwandes vornehmen und neben vielen anderen Sachersparungen die Wohnbautätigkeit drosseln müssen. Die Kurve der Arbeitslosigkeit dürfte, wenn nicht besondere Ereignisse eintreten, im nächsten Jahr leider eine noch andere Entwicklung nehmen als bisher, zumal auch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sich gerade für Wien ungünstig auswirken. Der Voranschlag des Bundes rechnet zwar für das Jahr 1934 mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl. Er rechnet im Jahresdurchschnitt mit 310.000 Arbeitslosen gegenüber 338.000 im heurigen Jahr. Aber auch wenn diese Annahmen richtig sind, so beweisen sie nichts für die wirtschaftliche Entwicklung, weil grosse Veränderungen in der Arbeitslosenversicherung zu massenhaften Aussteuerungen geführt haben. Die wirtschaftliche Entwicklung hat im Jahre 1933 einen Tiefpunkt erreicht. Die Summe der Löhne und Gehälter in Wien, die im Jahre 1929 noch 1893 Millionen Schilling betragen hat, ist im Jahre 1932 auf 1348 Millionen Schilling gesunken und dürfte im Jahre 1933 nur mehr 1150 Millionen Schilling erreichen. Sie wird kleiner sein als die Lohn- und Gehaltssumme, die im Jahre 1924 ausgezahlt worden ist. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir bei der Warenumsatzsteuer für ganz Oesterreich. Ihr Ertrag wird im Jahre 1933, ohne die neue Krisensteuer, um fast ein Drittel kleiner sein als er im Jahre 1924 gewesen ist. Das zeigt Konsum einschränkungen schwerster Art an.

Es muss allerdings festgestellt werden, dass auch eine gewisse Belebung der Wirtschaft, wie in der ganzen Welt, so auch in Oesterreich im Frühherbst eingetreten ist. Aber sie betrifft bei uns in aller Regel solche Industriezweige, die in Wien wenig oder gar nicht vorkommen. Das liegt im Wesen des heutigen Handelsvertragsystems mit seinen Kontingentbestimmungen, die sich für Stapelwaren günstig auswirken können, nicht aber für die manigfachen Arten der Fertigungsindustrie, die in Wien zuhause ist. Die Ausfuhrsteigerung ist in erster Linie der Holz- und Papierindustrie zugekommen, in der Eisenindustrie der Halbfabrikate-Erzeugung, in der Textilindustrie den Spinnereien, während Wirkereien und Strickereien gar keine Vorteile, die Konfektion nur geringe Vorteile ziehen konnten. Die ungünstige Situation für Wien wird noch dadurch verschärft, dass im Interesse der Landwirtschaft die Lebensmittelpreise durch Regierungsmassnahmen künstlich hochgehalten werden, der Preisabbau vielfach künstlich verhindert wird, was sich bei sinkenden Löhnen und Gehältern doppelt arg auswirken muss. Denn die Einkommensquote, die der Masse der städtischen Bevölkerung zur Befriedigung der Bedürfnisse, soweit es sich nicht um die Ernährung handelt, übrig bleibt, wird dadurch immer geringer. Zu der Viehverkehrsregelung ist jetzt die Milchpreisregelung gekommen. Die letzte Verordnung, die kürzlich eine Verteuerung um mindestens 5 Groschen für den Liter Milch bewirkt hat, bedeutet für die Wiener Bevölkerung eine neue Belastung von 13'5 Millionen Schilling im Jahr, soviel etwa, wie die viel umstrittene Tarifierhöhung für Gas und elektrischen Strom einbringt, mehr als doppelt soviel, wie die Entlastung durch die Aufhebung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe bedeutet hat. Die jüngste

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III

Wien, am.....

Zuckerverkaufsregelung hat den Zucker plötzlich um 4 Groschen pro Kilogramm verteuert. Das macht für den Wiener Jahreskonsum mindestens 2 Millionen Schilling aus. Das Rindfleisch und das Schweinefleisch sind in Wien im September teurer gewesen als in Berlin und selbst in der Schweiz. Das Brot ist in Wien teurer als in der Schweiz, wenn auch nicht so teuer wie in Berlin. Das gleiche gilt für das Weizenmehl. Erdäpfel sind dafür in Wien wieder teurer als sogar in Berlin. Unter diesen Verhältnissen leidet das Wiener Gewerbe ausserordentlich und diese Tatsachen bedeuten mehr für das Wiener Wirtschaftsleben als alle städtischen Steuern und Tarife zusammengenommen.

Wenn in solcher Zeit der Gemeinde auch die Investitionstätigkeit unmöglich gemacht wird und die Arbeitslosigkeit noch stärker steigt, ist das doppelt folgenschwer. Mit Recht müssen wir daher verlangen, dass der Bund, der im Interesse der Landwirtschaft der Wiener Bevölkerung schwere Lasten auferlegt und überdies die finanzielle Gebarung der Gemeinde auf das Schwerste beeinträchtigt hat, bei seiner Investitionstätigkeit Wien in stärkster Masse berücksichtigt. Da die Trefferanleihe zum grössten Teil in Wien gezeichnet worden ist, müsste der Bund einen namhaften Teil des Anleiherlöses auf Wiener Boden verwenden. Ein Antrag, in dem der Gemeinderat dies von der Bundesregierung verlangt, liegt zur Beschlussfassung vor. Ich hab dem Herrn Finanzminister und dem Herrn Handelsminister ein grosses Arbeitsprogramm, das auf Wiener Boden verwirklicht werden könnte, überreicht.

Unter solchen Verhältnissen, wie sie jetzt wirtschaftlich sind, ist auch die Zurückschraubung der Bezüge der städtischen Angestellten sehr bedauerlich. Der Bund hat die Angleichung der Bezüge aller öffentlichen Angestellten an die der Bundesangestellten in den letzten zehn Jahren wiederholt verlangt. Er hat sie im Jahre 1931 auf dem Wege einer Verfassungsbestimmung, im August 1932 durch ein einfaches Bundesgesetz angestrebt. Wir haben uns damals dagegen zur Wehre gesetzt, und zwar mit Erfolg. Jetzt zwingt uns die Finanznot, die nicht unsere schlechte Wirtschaft, sondern die Kette von Notverordnungen herbeigeführt hat, diese Angleichung zu machen, weil ohne diese grosse Sparmassnahme das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt nicht hergestellt werden kann. Wenn der Finanzminister nun erklärt, der Bund habe von der Gemeinde diese Angleichung nicht verlangt, so ist das ein Spiel mit Worten, während es auf die Tatsachen ankommt. Gewiss hat die Bundesregierung nie eine Notverordnung erlassen, durch die sie die Angleichung verordnet hat. Aber sie hat durch Notverordnungen der Gemeinde die Mittel entzogen, die zur Aufrechterhaltung der bisherigen Bezahlung erforderlich sind. Das weiss jeder städtische Angestellte. Keinerlei Demagogie wird diese Erkenntnis verwischen.

Es ist uns gelungen, wenn auch durch harte Massnahmen, für den grossen Ausfall, den uns die Bundesregierung bereitet hat, einen Ausgleich zu finden. Unbedeckt bleiben aber doch vorläufig 35 Millionen Schilling, ungefähr ebensoviel, als der sogenannte Lastenausgleich beträgt.

Die oberste Steuerhoheit im Staat hat selbstverständlich der Bund. Die Bundesgesetzgebung hat daher auch bestimmt, welche Abgaben der Bund sich vorbehält, welche davon er mit den Ländern und Gemeinden teilt, welche er den Ländern ganz überlässt. Daher erscheint es systemwidrig, dass der Bund für seine allgemeinen Bedürfnisse von den Ländern und Gemeinden Beiträge einhebt. Aber das geschieht seit dem Jahre 1924. Das sogenannte Bundespräzipuum besteht mit 40 Millionen Schilling jährlich bis auf den heutigen Tag. Es ist verhältnismässig auf alle Länder aufgeteilt. Heuer hat der Bund plötzlich wieder einen Lastenbeitrag verlangt, aber diesmal nur von Wien allein. Er ist untragbar und findet im Gemeindehaushalt keinen Platz. Wir können ihn weder durch Sparmassnahmen noch durch Vergrösserung der Einnahmen decken, da die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV

Wien, am.....

Tarifierhöhungen für das übrige Budget erforderlich sind und eine weitere Erhöhung ausgeschlossen erscheint. Daher liegt dem Gemeinderat der Antrag vor, der die Regierung auffordert, keine einseitige Belastung Wiens vorzunehmen, sondern, wenn der Bund schon statt eigener Steuern einen Lastenbeitrag einhebt, diesen Beitrag auf alle Länder verhältnismässig zu verteilen, zumal unsere Finanzlage nicht günstiger ist als die anderer Bundesländer. Es wäre eine falsche und schlechte Finanzpolitik, wenn der Bund sein Defizit in ein Defizit der Gemeinde Wien verwandeln wollte. Darauf läuft aber der einseitige Lastenbeitrag hinaus. Das zeigt das Nachtragsbudget 1933 des Bundes. Es weist eine Verminderung der öffentlichen Abgaben gegenüber dem ersten Voranschlag im Betrage von 40 Millionen Schilling auf, darunter 20 Millionen bei den Zöllen. Vier Millionen Schilling deckt der Bund durch neue Steuern, wie zum Beispiel die Zündmittelsteuer, und 36 Millionen Schilling verordnete er Ende August über Nacht als Zahlungsverpflichtung Wiens. Ebenso gleicht er sein Defizit für das Jahr 1934 aus. Wien soll also da die Veränderungen der Handelspolitik, die auf die Zolleinnahmen eingewirkt haben, bezahlen. Dabei hat die Wiener Bevölkerung ohnedies für den Bundeshaushalt ungeheure Leistungen zu vollbringen. Von den 1280 Millionen Schilling, die der Bund für das Jahr 1934 an Steuern, Zöllen und Monopolgewinnen veranschlagt, wird sicher mehr als die Hälfte von der Wiener Bevölkerung aufgebracht. Fünfmal soviel an Steuern, als die Gemeinde Wien von den Wienern verlangt, fordert der Bund von ihnen. Das würde dem Bund mindestens die Verpflichtung auferlegen, die Finanzgebarung der Gemeinde nicht zu beeinträchtigen.

Ich muss hier die Anklage wiederholen, die nicht erst gegen die heutige Regierung, sondern gegen alle Bundesregierungen im letzten Jahrfünft erhoben werden musste. Sie denken nur an ihr eigenes Budget und bringen damit Länder und Gemeinden in ^{immer} ärgere Bedrängnis. Die Wirtschaftskrise hat seit dem Jahre 1931 beim Bund ebenso wie bei den Ländern und Gemeinden einen Rückgang der Steuererträge gebracht. Aber der Bund weiss sich zu helfen. Er lässt den Ertrag der geteilten Abgaben ruhig sinken bei direkten und indirekten Steuern, und führte für sich selbst ein ganzes System von Krisensteuern ein, die er zu 100 Prozent für sich behält. So gleicht er den Rückgang für sich selber aus, ohne sich darum zu kümmern, wie Länder und Gemeinden bei fortwährend sinkenden Einnahmen das Auslangen finden sollen. Zwei Beispiele zeigen das ganz deutlich. Die Warenumsatzsteuer hat im Jahre 1929 256 Millionen Schilling eingebracht. Im Jahre 1933 bringt sie nur 139 Millionen Schilling ein, also um 117 Millionen Schilling weniger. Aber der Bund hebt für sich einen Krisenzuschlag ein, der 124 Millionen Schilling trägt. Er gleicht also für sich den ganzen Rückgang aus. Die Einkommensteuer hat im Jahre 1929 182 Millionen Schilling getragen. Im Jahre 1932 hat sie nur mehr 128 Millionen Schilling eingebracht. Dafür aber hat der Bund im Jahre 1932 ohne Beteiligung der Länder und Gemeinden 18 Millionen Schilling Besoldungssteuer und 34¹/₃ Millionen Schilling Krisensteuer eingehoben. Er hat also den Ausfall mit 52 Millionen Schilling neuen Personalsteuern für sich vollständig wettgemacht, die Länder und Gemeinden gehen leer aus. So hat der Bund trotz Wirtschaftskrise seine Einnahmen auf derselben Höhe erhalten, auf der sie vor Beginn der Krise waren. Er hat im Jahre 1929 1163 Millionen Schilling an Steuern und Zöllen eingenommen, 1933 mit den 36 Millionen von Wien 1053 Millionen Schilling. Für 1934 präliminiert er 1047 Millionen Schilling. Den Ländern und Gemeinden zahlt er aber gegenüber 1929 um 102 beziehungsweise 113 Millionen Schilling weniger, sodass ihm selbst der gleiche Betrag bleibt. Die Gemeinde Wien hat in derselben Zeit eine Senkung ihrer eigenen Steuern von 210 Millionen Schilling im Jahre 1929 auf 126 Millionen Schilling im Jahre 1934 und an Bundessteueranteilen eine

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V

Wien, am.....

Senkung von 136'3 Mill. Schilling auf 52'19 Millionen Schilling ertragen. Bei den Monopolen ist das gleiche Bild. Der Bund hat vor der Wirtschaftskrise im Jahre 1929 Monopolgewinne von 228 Millionen Schilling gehabt, im Jahre 1933 238 Millionen Schilling, da er trotz des starken Konsumrückganges durch Tarifierhöhungen seine Gewinnquote gesteigert hat. Kann man der Gemeinde Wien verweigern, bei ihren Monopolbetrieben einen Ueberschuss zu machen, der ein Zehntel dieser Ueberschüsse ist?

Kein Land wird vom Bund so stiefmütterlich behandelt wie Wien. Wien bringt den grösseren Teil der Bundessteuern auf; bei den Steuern, wo es länderweise genau festgestellt werden kann, sieht man, dass mehr als die Hälfte der Einnahmen aus Wien kommt. Aber Wien bekommt bei der Abgabenteilung für das Jahr 1934 von 163 Millionen Schilling, die verteilt werden, nur mehr 52'19 Millionen Schilling. Rechnet man davon noch den Lastenbeitrag ab, so bleiben gar nur noch 16'19 Millionen Schilling ^{übrig}, also 9'70 Schilling pro Kopf der Bevölkerung. Wir bekommen als Land und als Bundeshauptstadt weniger als kleine Dörfer.

Was will der Bund damit? Will er Wien kulturell und sozial auf das Niveau eines Dorfes von 500 Einwohnern herabdrücken? Wenn er das nicht will, so muss er aufhören, auf dem Wege fortzufahren, den er in den letzten Monaten gegenüber Wien eingeschlagen hat. Der Bund hat selbst im Jahre 1931 elf Steuer-, Zoll- und ^{Tarif-}erhöhungen vorgenommen, im Jahre 1932 acht und im Jahre 1933 bisher achtzehn Steuer-, Zoll- und Tarifierhöhungen. Sie haben ihm ermöglicht, seine Einnahmen auf dem Stande zu erhalten, wie er vor der Wirtschaftskrise war. Die Steuern der Gemeinde sind allein seit 1931 von 182'8 Millionen Schilling auf voraussichtlich 140 Millionen Schilling im Jahre 1933 zurückgegangen und werden im Jahre 1934 nur mehr 126 Millionen Schilling tragen. Wer da noch von grossen Steuersenkungen spricht, ohne zugleich neue Einnahmen vorzuschlagen, begeht ein Attentat auf die Schule und auf die Armen und Hilfsbedürftigen in dieser Stadt.

Unter allen möglichen Vorwänden hat eine förmliche Jagd auf Gemeindesteuern begonnen. Die plötzliche Aufhebung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe hat das Stichwort dazu gegeben. Die Regierung müsste freilich einsehen, dass diese Jagd vor ihren eigenen Toren nicht Halt macht. Niemand zahlt gerne Steuern und die Leute sagen sich mit Recht, warum man nicht auch die Bundessteuern nacheinander abschaffen kann, wenn es bei den Gemeindesteuern möglich sein soll. Jetzt haben insbesondere die Hausherrn eine Treibjagd auf die Wohnbausteuern eröffnet. Während sonst nach einem bekannten Wort immer nach der Jagd kolossal gelogen wird, gehört hier das Lügen zum Jagdhandwerk selbst. So wird erzählt, dass es nur in Wien eine Wohnbausteuern gibt, sonst nirgends auf der Welt. Wir waren in Wien in der glücklichen und für die Wiener Bevölkerung erfreulichen Lage, die Steuer auf Wohnungen und Geschäftslokale zum Bauen verwenden zu können. Wir haben daher diese Steuer Wohnbausteuern genannt. Aber die Steuer selbst, die Besteuerung von Mietgegenständen, gibt es natürlich nicht nur in Wien, sondern in ganz Oesterreich, in verschiedenartigen Formen natürlich in der ganzen Welt. Die Besteuerung von Wohnungen und Geschäftslokalen ist in Oesterreich nirgends so niedrig wie in Wien, sie ist in einer grossen Anzahl Städte zehnmal so hoch wie in Wien. Eine solche am Objekt haftende Steuer, die daher auch relativ krisenfest ist, muss es geben. Sie ist neben der Fürsorgeabgabe und in den Ländern neben der Grundsteuer das Rückgrat der Einnahmen. In Wien bringt die Wohnbausteuern jetzt ein Drittel sämtlicher Gemeindesteuereinnahmen. Sie auflassen, heisst die Verwaltung Wiens zerstören. Nur ein Narr kann so etwas fordern. Die Steuer ist unentbehrlich, auch wenn sie leider nicht mehr ganz zum Bauen verwendet werden kann, für das Gemeindebudget. Die Opposition

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI

Wien, am

hat oft und oft verlangt, man möge den Wohnhausbau aus Anleihegeldern bestreiten und die Wohnbausteuer zur Verpfändung und Tilgung des Anlehens verwenden. Hätten wir das getan und hätten wir so viele Kredite bekommen, so müssten wir jetzt an fremde Gläubiger vielleicht 25 Jahre lang 70 Millionen Schilling jährlichen Tributes zahlen. Wir haben es nicht getan und können nun, wenn die Finanzverhältnisse das Bauen nicht gestatten, das Geld dazu verwenden, um der Gemeinde selbst zurückzuzahlen, was wir ausser der Wohnbausteuer in besseren Jahren für Bauzwecke verwendet haben. Wir sparen dabei die Zinszahlungen und verbessern mit diesem Gelde das Budget.

Warum fällt es niemand ein, zu sagen, der Bund soll die Zinsgroschensteuer abschaffen, die er erst vor vier Jahren eingeführt hat und die in Wien allein 15 Millionen Schilling einbringt, die für die grosse Masse der Mieter gerade so hoch ist wie die Wohnbausteuer, nämlich 3 Groschen für jede Friedenskrone? Wenn ich vergleiche, was bisher mit der Wohnbausteuer und was mit der Zinsgroschensteuer geleistet worden ist, dann ist mir um das Urteil der Wiener und Wienerinnen nicht bange. Ich unterwerfe mich da gerne jeder Volksabstimmung.

Zum hundertsten Male muss man sagen, dass die Besteuerung der Wohnungen und Geschäftslokale gerade in Wien vor dem Kriege weitaus grösser war als jetzt. Gerade wir Sozialdemokraten waren bemüht, dieses hohe Besteuerung abzuschaffen und dieses einfache, aber furchtbar drückende Steuersystem durch ein komplizierteres, aber sozial weitaus gerechteres Steuersystem zu ersetzen. Die das Wiener Steuersystem bekämpfen und dabei insbesondere auch die Wohnbausteuer und die Fürsorgeabgabe abschaffen wollen, vergessen immer, uns zu sagen, was an die Stelle der Gemeindesteuern von heute treten soll. Da ist es doch gut, sich genauer daran zu erinnern, wie es vor zwanzig Jahren war. Damals hat man für **Gemeinde und Land** eine Mietzinsumlage und Zuschläge zur staatlichen Hauszinssteuer eingehoben, die zusammen 73'13 Millionen **Goldkronen**, das sind 105'3 Millionen Schilling betragen haben. Die staatliche Hauszinssteuer, die daneben lief, war im Jahre 1913 54 Millionen Goldkronen, das sind 77'76 Millionen Schilling. Sie wurde nach dem Kriege dem Land zur Einhebung überlassen. Die gesamte Belastung der Wiener Wohnungen und Geschäftslokale betrug also im Jahre 1913 183 Millionen Schilling. Die Wohnbausteuer ist jetzt mit 43'5 Millionen Schilling veranschlagt, also nicht einmal mit dem vierten Teile, obwohl in diesen 20 Jahren mindestens 70.000 Wohnungen und 4.000 Geschäftslokale zugewachsen sind. Die Besteuerung der Wohnungen und Geschäftslokale im Jahre 1913 hat also mehr getragen als heute alle zwanzig Gemeinde- und Landessteuern einschliesslich der Wohnbausteuer zusammengenommen, da sie nur 126 Millionen Schilling einbringen, also um 57 Millionen Schilling weniger als die Mietsteuern vor dem Kriege, deren Nichtzahlung nicht nur mit Pfändung, sondern mit Deportierung geahndet worden ist. Die Herren, die die Gemeindesteuern abschaffen wollen, sollen sagen, ob sie die Wiedereinführung des Zustandes von 1913 wollen, da der Arbeiter für seine 30 Kronen-Wohnung 12 Kronen, das sind 18 Schilling monatlich, Mietsteuer gezahlt hat, während er jetzt 90 Groschen Wohnbausteuer zahlt, und der kleine Geschäftsmann, der zum Beispiel 600 Kronen Jahresfriedenszins gezahlt hat, 240 Kronen, das sind 360 Schilling Mietsteuer gezahlt hat, während er jetzt nur jährlich 18 Schilling Wohnbausteuer zahlt, also den zwanzigsten Teil davon.

Neben dieser horrenden Mietsteuer hat die Gemeinde damals Zuschläge zu verschiedenen anderen staatlichen Steuern eingehoben und Anteile an staatlichen Steuern gehabt. Sie hat auf diese Weise 80 Millionen Schilling eingenommen. An ihre Stelle ist heute die Abgabenteilung getreten, aus der wir für das Jahr 1934 nur 52'19 Millionen Schilling bekommen,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII

Wien, am.....

und davon nimmt uns der Bund noch 36 Millionen Schilling wieder weg.

Daneben gab es damals noch die Gewinnabfuhr der städtischen Gaswerke, Elektrizitätswerke, Strassenbahnen und der Wiener Wasserleitung. Zufällig kam mir kürzlich das Goldene Buch der Stadt Wien in die Hand und ich schlug die Urkunde auf, mit der dem Bürgermeister Dr. Karl Lueger das Ehrenbürgerrecht verliehen worden ist. In dieser Urkunde wird ihm besonders nachgerühmt, dass, wie es wörtlich heisst, ein nach Millionen zu berechnender Gewinn alljährlich dem Stadtsäckel aus den Gaswerken zufließt. Bezüglich der Elektrizitätswerke ist in der Urkunde wörtlich gesagt, dass sie der Gemeinde neue, sehr bedeutende Einkünfte bringen. Nach dem Kriege kam die Inflation. Sie zerstörte alle Tarife und die Grundlage jeder geordneten Kalkulation. Man musste immer wieder die Tarife erhöhen, nur um die Selbstkosten zu decken und heftige Kämpfe sind im Gemeinderat in den Jahren 1919 bis 1922 darum geführt worden. In solcher Zeit war man froh, die Selbstkosten der Unternehmungen decken zu können. Die christlichsoziale Partei hat sich auch damals noch gerühmt, dass unter ihrer Herrschaft die Unternehmungen an die Gemeinde Gewinne abgeführt haben. Wir haben auf die Gewinne verzichtet, solange es möglich war, da diese Gewinne ja nichts anderes als indirekte Steuern sind. Die Zugriffe der Bundesregierung zwingen uns nicht nur zu harten Sparmassnahmen, die üble Wirkungen auf die Wirtschaft haben, sondern auch zur Rückkehr zu dem alten Zustand, dass mindestens Gaswerke und Elektrizitätswerke, wenn auch nicht die Strassenbahnen, Reingewinne liefern. Die städtischen Monopolbetriebe haben im Jahre 1913 31'2 Millionen Goldkronen, das sind 45 Millionen Schilling, Gewinn an die Gemeindekasse abgeliefert, davon Gas- und Elektrizitätswerke allein 15'5 Millionen Goldkronen, das sind 22'4 Millionen Schilling. Ihr Umsatz war aber damals viel kleiner als heute. Nach dem Umsatz, der für das Jahr 1934 erwartet wird, gerechnet, wäre die Abfuhr auf Grund der gleichen Gewinnquote pro Kubikmeter verkauften Gases und pro Kilowattstunde 33'5 Millionen Schilling. Wir haben für das nächste Jahr eine Abfuhr von 25 Millionen Schilling präliminiert, die aber nicht nur aus dem normalen Gewinn, sondern auch aus besonderen Sparmassnahmen erfließen soll. Das gilt in manchen Kreisen als Verbrechen, obwohl wir Gas und Strom noch immer billiger liefern als vor dem Kriege und als jetzt die Lieferung in den meisten Städten erfolgt. Die höhere Gewinnabfuhr vor dem Kriege gilt aber als Ruhmestat der damaligen Verwaltung und dabei brauchen wir heute diese Einnahmen für die Gemeinde mindestens ebenso dringend, wie sie im Jahre 1913 gebraucht worden sind. Nebenbei bemerkt, vergessen die Leute, die die Tarife bekämpfen, immer, dass auch der Bund daraus wieder Vorteile zieht. Die Erhöhung der Körperschaftsteuer und der Warenumsatzsteuer, die aus unserer Tarifierhöhung für ihn erfließt, macht ungefähr 4 Millionen Schilling im Jahre aus.

Ich muss bei dieser Gelegenheit noch eine andere Legende zerstören, die in den letzten Monaten gerne verbreitet wird. Da wird erzählt, wenn der Bund der Gemeinde auch 80 Millionen Schilling wegnimmt, so bedeute das nichts. Die Gemeinde lebe zu üppig und könne das glatt von ihren Ausgaben wegstreichen. 80 Millionen Schilling sind nicht leicht erspart. Ohne Personalsparungen ist eine solche Verringerung der Ausgaben überhaupt undenkbar. Und bei jeder Sparmassnahme hält man uns entgegen, dass man gerade in diesem Punkt, der auf der Tagesordnung steht, nicht sparen sollte. Man sagt uns, die Gemeinde Wien sollte auf den Standard zurückgehen, den sie in der Vorkriegszeit hatte, das würde reichlich genügen, und es wird behauptet, dass wir weit darüber hinaus sind. Prüfen wir! Wir haben für 1934, ohne Wört-durchführungen gerechnet, die ja nur rechnungsmässige Posten sind, und unter voller Berücksichtigung der Bundesmassnahmen und der durch sie notwendig gewordenen Bedeckungsmassnahmen eine Einnahme von 292'6 Millionen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII

Wien, am

Schilling präliminiert. Im Jahre 1924 waren es 316'8 Millionen Schilling. Wir sind also hinter das Jahr 1924 zurückgegangen. Bei den Ausgaben ist es ebenso. Schauen Sie sich alle Rechnungsabschlüsse der Länder und des Bundes an und prüfen Sie, ob solche Einschränkungen noch irgendwo gemacht worden sind! Und nun der Vergleich mit dem Jahre 1913. Hier ist für phantasiervolle Dichter der grösste Spielraum, weil sich niemand die Mühe nimmt, den Rechnungsabschluss 1913 in die Hand zu nehmen und daraus die Grundlagen zum Vergleich mit unserer heute anders aufgebauten Gebarung zu entnehmen. In einer Heimwehrzeitung habe ich neulich gar gelesen, vor dem Kriege sei die Gemeinde mit 100-150 Millionen Schilling im Jahre ausgekommen, da bleibe noch genug Spielraum für die Bundesregierung zum Goldwognommen! In Wahrheit betragen die Gemeindeausgaben im Jahre 1913 225'6 Millionen Goldkronen. Davon waren 13'96 Millionen Goldkronen Wertdurchführungen und 27'71 Millionen Goldkronen Aufwendungen für die städtischen Unternehmungen aus Anleihegeldern. Rechnen wir das ab, so bleibt als Vergleichsziffer 183'85 Millionen Goldkronen, das sind, wenn ich nur zu 1'44 umrechne, 264'75 Millionen Schilling.

Rechnen ^{wir} für unseren Voranschlag 1934 die Wertdurchführungen ab und die 36 Millionen Schilling, die der Bund fordert, so kommen wir zu einer Ausgabe von 291'8 Millionen Schilling. Nun darf man aber nicht vergessen, dass Wien im Jahre 1913 kein Land war und dass die Agenden, die uns durch den Landescharakter Wiens verfassungsrechtlich zugewachsen sind, im Voranschlag 1934 allein 44 Millionen Schilling Ausgaben verursachen. Es bleiben dann als Gemeindeausgaben 248 Millionen Schilling übrig. Trotz der grossen Ausdehnung der Gemeindetätigkeit, trotz der gross ausgebaute Wohlfahrtspflege und der Vermehrung der Schulkosten geben wir also um 16 Millionen Schilling weniger aus als vor dem Kriege.

Auch ein Vergleich mit anderen mitteleuropäischen Städten kann nicht schaden. Prag zum Beispiel legt einen Voranschlag für das Jahr 1934 vor, der Einnahmen (ohne Anlehngelder) von 610 Millionen tschechischen Kronen enthält. Das ist in Schilling umgerechnet etwa die Hälfte des Betrages, den unsere Ausgaben für eine doppelt so volkreiche Stadt ausmachen.

Wir konnten einen solchen Voranschlag freilich nur mit äusserster Sparsamkeit erstellen. Er enthält Investitionsarbeiten leider nur mehr im Betrage von 12,500.000 Schilling und andere arbeitschaffende Massnahmen im Betrage von 34,190.000 Schilling. Wir konnten ihn nur erstellen, weil die ganze Schuldenlast, die die Gemeinde selbst trägt, nur 59 Millionen Schilling beträgt und der Schuldendienst im Voranschlag nur 1'3 Millionen Schilling ausmacht. Wir können froh sein, in so schweren Zeiten solche Kreditgrundlagen bieten zu können.

Wir waren darauf bedacht, die Wohlfahrtspflege und die Schule möglichst unversehrt zu erhalten. Die Zahl der Schulkinder ist gegenüber dem Jahre 1913/1914 um 100.000 gesunken. Wir haben das zur Verbesserung des Schulwesens benützt. Die Ausgaben für das Schulwesen machen 18'8 Prozent des Voranschlages aus. Der Aufwand für das Wohlfahrtswesen macht 31'55 Prozent der Gesamtausgaben aus. Der Sachaufwand allein in der Fürsorge

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX

Wien, am.....

ist 79'1 Millionen Schilling und so gross, wie er noch in keinem früheren Verwaltungsjahr war. Der Voranschlag vormag also trotz aller Sparmassnahmen der Not der Zeit in bedeutendem Masse Rechnung^{zu} tragen, wenn wir auch selbst vielerlei Mängel kennen und gerne noch anderes bieten würden. Wenn mitunter gesagt wird, diese Fürsorgetätigkeit nütze nichts, da die Gemeindesteuern immer neues Elend erzeugen, so kann ich darauf erwidern: Wenn das wahr ist, welches Elend müssen erst die Bundessteuern erzeugen, die Wien fünfmal stärker belasten.

In der ausserordentlichen Lage haben wir ein Recht, uns auch an die anderen Bundesländer zu wenden. Wir haben in besseren Zeiten Lasten zu ihren Gunsten auf uns genommen, zuletzt beim Finanzausgleich 1931. Sie sind heute infolge der Lasten und Kürzungen, die uns der Bund auferlegt hat, untragbar geworden. Ich erinnere nur an eines, worauf sich auch ein eigener Antrag bezieht: Wir haben den Ertrag der Landesbiersteuer von 3'80 pro Hektoliter an die anderen Länder abzuführen und mussten eine Garantie darauf übernehmen, dass die Abfuhr jährlich 6'5 Millionen Schilling erreicht. Wir nehmen aber nur mehr 2'28 Millionen Schilling ein, zahlen also 4'2 Millionen Schilling jährlich darauf. Der Bund hat die Garantieklausel, durch die er bei der Steuerteilung gebunden war, für sich abgeschafft, sogar rückwirkend für das Jahr 1932, um sich dadurch zu entlasten. Er nimmt uns auf solche Weise allein für die Jahre 1932, 1933 und 1934 fast 100 Millionen Schilling und für Wien soll die Garantieklausel gegenüber den anderen Ländern^{weiter} gelten? Die Gerechtigkeit verlangt, dass hier ein neuer Rechtszustand geschaffen wird.

Die einseitige Belastung Wiens mit 36 Millionen Schilling ist untragbar. Das mindeste, was verlangt werden muss, ist, dass der Bund den Betrag auf alle Länder gleichmässig verteile.

Das Budget, das hier vorliegt, ist aus der Not der Zeit geboren, aus der Wirtschaftsnot und aus politischer Abnormität. Ich muss es zur Annahme empfehlen, obgleich ich, könnte die Gemeinde Wien heute frei handeln, wie es ihrer Autonomie entspricht, manches in diesem Voranschlag anders gestaltet hätte. Es ist ein Durchhaltungsbudget für eine Übergangszeit, der hoffentlich bald bessere Zeiten folgen werden, in denen Wien sein Recht wird.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Stadtrat Kunschak (Christlichsozial) führt aus, dass sich das vorliegende Budget vor allem anderen durch eine sehr weitgehende Unklarheit, um nicht das schärfere Wort Unwahrheit zu gebrauchen, auszeichnet. Wenn man die einzelnen Ansätze durchgeht, so sieht man, dass überall, namentlich auf der Einnahmenseite, stille Reserven eingebaut sind. Das trifft insbesondere bei der Fürsorgeabgabe zu. Diese ist mit einem Betrag von 42 Millionen präliminiert. Es ist klar, dass diese Präliminierung den tatsächlichen Verhältnissen Gewalt antut. Sie basiert auf der Voraussetzung, dass die Lohnbasis im nächsten Jahre noch eine weitere und zwar sehr weitgehende Schrumpfung erfahren werde. Zu einer solchen Auffassung kann nur der düsterste Pessimismus kommen, denn alle Anzeichnungsprechen dafür, dass das Wirtschaftsleben in Oesterreich und damit auch in Wien im allgemeinen auf einer ansteigenden Linie sich bewegt. Jeder Finanzreferent ist bei der Erstellung der Ziffern, die für die Finanzgebarung massgebend sein sollen, zur grössten Vorsicht verpflichtet. Er ist aber auch verpflichtet, an diese Arbeit mit einem kleinen Grad zumindest von Optimismus und Zuversicht zu schreiten. Wenn er das nicht vermag, weil er sich auf Grund seines Einblickes in die wirtschaftliche Entwicklung dazu nicht aufschwingen kann oder weil er aus politischen Erwägungen sich der Wahrheit entgegenstellt und die entgegengesetzte Richtung herbeiwünscht, dann ist das kein Realpolitiker, sondern ein Katastrophopolitiker, der je früher desto besser von seinem Platz verschwinden soll. (Beifall bei den Christlichsozialen), und zwar nicht nur im Hinblick auf das optische Bild, das er von der Gestaltung des österreichischen und des Wiener Wirtschaftslebens gibt, sondern vielmehr noch im Hinblick auf die Wirkungen, die sich aus einem so düsteren pessimistischen Bild ergeben müssen auf die Psyche der ganzen Bevölkerung, aber auch auf die Psyche all derer, an deren Urteil der Stadt Wien gelegen sein muss.

Die gleiche pessimistische Beurteilung der Lage sehen wir auch bei der Wertzuwachssteuer. Man muss hier allerdings ins Kalkül ziehen, dass durch die seit der Erstellung des Voranschlages erschiene Notverordnung der Regierung der Ertrag dieser Steuer wesentlich herabgedrückt werden wird, aber trotzdem ist es nicht denkbar, dass eine Steuer, die im Jahre 1933 noch 8.5 Millionen getragen hat, im Jahre 1934 nur mehr mit 5 Millionen abschliessen sollte. Eine ähnliche Feststellung muss man auch gegenüber dem Ertrag der sogenannten Wasserkraftabgabe machen. Diese Abgabe ist eigentlich ein Prozentualzuschlag zum Gas- und Strompreis und die vom Gemeinderat beschlossene Erhöhung dieser Preise muss sich automatisch auch in dem Ertrag dieser Steuer äussern. Sie ist nach meiner Überzeugung bewusst zu niedrig eingeschätzt worden, um oben die Einnahmenseite der Gemeinde möglichst düster zu gestalten. Ein gleiches kann auch von der Steuer vom verbauten Grund gesagt werden, bei der ebenfalls eine wesentliche Erhöhung der im Voranschlag vorgesehenen Summe angenommen werden kann.

Für diesen Voranschlag kann nur das Wort Elendsvoranschlag geprägt werden. Während im Jahre 1930 wertvermehrende Investitionen im Betrage von 117.4 Millionen, im Jahre 1931 von 96.7 Millionen, 1932 von 53.8 Millionen gemacht worden sind, sind für das Jahr 1934 nur mehr 12.5 Millionen vorgeschlagen, was gegenüber dem Jahre 1930 eine Kürzung von 104.9 Millionen oder 89 Prozent, also fast das völlige Aufgeben jeder Investitionstätigkeit bedeutet. Für Neubauten ist im kommenden Jahre

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI

Wien, am _____

überhaupt nichts mehr vorgesehen, sondern nur für Fertigstellungen ein Betrag von 8 Millionen bereitgestellt. Es gehen also ~~so~~ selbst gegenüber dem Vorjahr dem Wiener Baugewerbe 32,5 Millionen verloren. Das bedeutet für dieses Gewerbe eine Katastrophe, der entgegenzuwirken sicherlich eine Aufgabe der Gemeinde wäre, nicht nur im Interesse der am Baugewerbe beteiligten Unternehmer und Arbeiter, sondern auch im Gemeindeinteresse selbst. Zur Frage der Hauspersonalabgabe hat sich der Referent heute und auch schon früher in einer Art geäußert, die man nur als ausgewachsene Frivolität bezeichnen kann. Er hat die Sache so dargestellt, als ob es sich nur darum handelte, reiche Leute zu begünstigen. Das heißt, den Menschen, die davon betroffen werden, zum Schaden auch noch den Spott hinzufügen. Die Hauspersonalabgabe hat ja auch eine zweite Seite, auf der das Elend des Hauspersonals geschrieben steht. Und diese Seite zeigt der Referent glücklicherweise nicht auf. Er spricht von Rothschild, aber gerade die Erfahrungen mit Rothschild müssten ihn auf andere Gedanken bringen. Der Vorgänger des heutigen Finanzreferenten hat einmal erzählt, dass Rothschild 300.000 Hauspersonalabgabe zahlt. Heute hat der Referent von 22.000 gesprochen die Rothschild zuletzt gezahlt hat. ^{Auf dem Weg} Von den 300.000 bis zu den 22.000 liegt die Existenz von Tutzenden von Menschen, die geglaubt hatten, bis an ihr Lebensende versorgt zu sein. Im Jahre 1928 gab es 6579 abgabepflichtige Haushalte, im Jahre 1932 nur mehr 4697 und im Jahr 1933 nur mehr 4133. Wenn man annimmt, dass im Durchschnitt in jedem Haushalt 5 Hausgehilfen abgebaut wurden, was sicher nicht übertrieben ist, ergibt sich eine Zahl von 12.000 Menschen, die während der Wirksamkeit dieser Steuer arbeitslos geworden sind. Dabei sind in die Skala der Steuer förmlich Prämien für den Abbau von Hausgehilfen eingebaut. Wenn ein Haushalt mit 25 Hausgehilfen 5 abbaut, erspart er nicht weniger als 26.700 Schilling und wenn ein männlicher dabei ist, der auch abgebaut wird, 32.500 Schilling. Das ist jeder beste Anreiz für einen solchen Haushalt 5 Hausgehilfen hinsuzuwerfen. Und wenn der männliche allein hingerichtet wird, werden schon 5800 S erspart. Wenn in einem Haushalt mit 20 Hausgehilfen 5 abgebaut werden, macht die Ersparnis über 20.000 S und wenn ein männlicher darunter ist, S 29.600. Ein Haushalt mit 15 Hausgehilfen erspart beim Abbau von 5 S 14.300, ist ein männlicher darunter S 17.300. Bei der Reduktion von 10 auf 5 Hausgehilfen ergibt sich eine Steuerersparnis von S 7750, ist ein männlicher darunter von S 9.800 und die Reduktion von 5 auf 3 ergibt eine Steuerersparnis von 1350 bzw. 2750 Schilling. Diese Ziffern sprechen für sich allein und zeigen, wie die Konstruktion der Steuer geradezu eine Treibjagd vor allem gegen die männlichen, dann aber auch gegen die weiblichen Hausgehilfen hervorgerufen hat. Wir haben von allem Anfang an auf die Unsinnigkeit dieser Konstruktion hingewiesen. Seinorzeit konnte man noch darauf hinweisen, dass die Kriegs- und Inflationsgewinner sich das alles würden leisten können. Aber eine solche Steuer bis auf den heutigen Tag hineinzutragen, ist nicht nur eine Dummheit, sondern ein Verbrechen an braven ehrlichen Arbeitsmenschen, wobei ich offen zugebe, dass ich von der Lösung nicht begeistert bin, wie sie durch die Bundesnotverordnung versucht wird. Aber diese Notverordnung wäre nicht notwendig gewesen, wenn der Landtag rechtzeitig in die Lage versetzt worden wäre, dieses überreife Gesetz zu revidieren. Geradezu trostlos ist die Mitteilung des Referenten, dass es Haushalte mit mehr als 4 Hausgehilfen nur 138 gibt. Wir geben uns keiner Täuschung hin, dass die durch die Bundesnotverordnung durchgeführte Reform den erhofften Effekt nur in einem ganz kleinen Umfang erzielen wird. Denn die Haushalte haben sich an eine Einschränkung gewöhnt

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII

Wien, am _____

und worden dabei bleiben. Die Existenzen, die Sie zerstört worden, bleiben zerstört. Die Hausgehilfenabgabe ist in ihrer Wirkung nicht anderes als das Todesurteil über eine Armee von 12.000 anständigen Frauen und Männern. (Lebh. Beifall bd. dChr.) Wir hätten daher erwartet, dass der Referent über diese Frage wenigstens mit etwas Ernst gesprochen hätte. Aber es scheint, dass er unfähig ist, Fragen sachlich, losgelöst von seiner Neigung zur Frivolität und von seiner Neigung alles politisch auszuwerten, zu behandeln. Er hat uns ja auch in seinem Schlusswort zur Debatte über den Rechnungsabschluss mit Hohn überschüttet. Weil wir damals die von uns wiederholt erhobene Forderung nach Revision der Steuern wieder aufgestellt haben. Er hat uns damals mit der Frage gefrozzelt, was wir uns unter Revision vorstellen. Wir wissen sehr wohl, was wir wollen, und auch der Referent scheint zu wissen, was unter einer Steuerrevision ⁷⁷ ~~versteht~~ ^{ist}. Denn seit einer Woche ist er daran, Steuern zu revidieren und im Laufe der Budgetdebatte soll es noch zu ^{weiteren} Steuerrevisionen kommen. Ich muss ganz entschieden gegen die Entscheidung protestieren, als ob wir glaubten, es sei damit abgetan wenn man die Aufhebung aller Gemeindesteuern verlangt. Niemand von uns hat das je verlangt. Wohl aber haben wir Abänderungsanträge gestellt, um die Steuern an die derzeitigen Verhältnisse anzupassen. Der Referent hat uns aufgefordert, wir mögen sagen, wie wir uns die finanzielle Ordnung der Gemeindeverhältnisse vorstellen. Ich habe oft darauf verwiesen, dass eine wesentliche Ordnung des Gemeindehaushalts auf dem Boden der Wohnbaupolitik gesucht werden muss. Es ist richtig, dass wir Sie auf den Weg der Anleihe verwiesen haben. Nun meint der Referent der Effekt einer Anleihe wäre der, dass die Anleihe vorausgibt wäre und eine Zinszahlungsverpflichtung von 77 Millionen durch 25 Jahre ^a bliebe, aber bekanntlich läuft die Amortisationsfrist bei Häusern 40, 50 und 60 Jahre. Hätten Sie die Anleihe aufgenommen, so wäre die böse Auswirkung auf die Wirtschaft sicher erspart geblieben. Die Abschröpfung der riesigen Summe von einer Milliarde, die für Wohnhausbauten aus dem Wiener Wirtschaftsleben herausgepresst wurde, konnte nicht ohne Rückwirkung auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens bleiben. Jetzt stehen Sie vor dem zerstörten Wirtschaftsleben, das Ihnen eine weitere Bautätigkeit nicht mehr ermöglicht. Es gibt aber aus der Frage heute noch einen Ausweg, wenn Sie ihn gehen wollten. Der städtische Hausbesitz ist unbelastet und Sie müssten sich heute, wo Sie jede Bautätigkeit einstellen müssen, fragen, ob nicht eine hypothekarische Belastung dieses riesigen Hausbesitzes Mittel bringen könnte, um für eine bessere Zeit durchzuhalten. Die Verzinsung würde sich zweifellos zum Teil dadurch ergeben, dass jene, für die die unerhörten Opfer unseres Wirtschaftslebens gebracht worden sind und die sich heute des Besitzes von modernen Wohnungen erfreuen, einen Teil der ^{Verzinsung} ~~Verzinsung~~ in der Form einer erhöhten ^{Miet-} ~~Zinsleistung~~ auf sich nehmen. Ein anderer Teil der Zinsen würde aus dem Wohnbausteuerertragnis gedeckt werden können. Sie haben weiter heuer zum erstenmal im Veranschlag einen Betrag von 216 Millionen ausgewiesen der von den städtischen Wohnhausbauten als Instandhaltungszins an die Gemeinde abgeführt wird, wobei sich, nebenbei gesagt, die Gemeinde auf den Boden des Mietengesetzes und auf das gleiche Niveau mit den übrigen Hausbesitzern stellt. Diese Instandhaltungsreserven könnten ebenfalls zur Verzinsung und Amortisation der Hypothek dienen. Ich würde allerdings absolut davon abraten, diese Hypothek wieder so zu verwenden, wie Sie es bisher getan haben. Sie können, nach dem der Bund einmal das Experiment mit der Wohnbauförderung gemacht hat, unter Ausnützung seiner Erfahrung sich darauf einrichten, nicht Wohnbautätigkeit, sondern Wohnbauförderung zu betreiben. Die Zinsgroschen haben

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII

Wien, am.....

zum Unterscheid von der Wohnbautätigkeit privates Kapital in einem sehr grossen Umfang -280 Millionen- für die Bautätigkeit und Wohnungspolitik mobil gemacht. Der Redner wiederholt sodann seinen im Vorjahr gestellten Antrag, dass aus den Ueberschüssen des Ertrages der Bodenwertabgabe vom verbauten Grund ein Fonds gebildet werden möge, aus welchem dem Hausbesitz für die Umgestaltung von grossen in Klein- und Mittelwohnungen, für die Herstellung von Auf- und Zubauten sowie für die Assanierung von Klein- und Mittelwohnungen Darlehen zu mässigen Zinsen gewährt werden.

Ein zweiter Weg, die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde zu erleichtern ist wiederholt, insbesondere von der Frau Dr. Motzko aufgezeigt worden, in der Forderung, dass Sie zur Erfüllung ihrer Fürsorgepflichtungen die privaten Wohltätigkeitseinrichtungen im weitestgehendem Masse heranziehen mögen. Wir denken da nicht an ein schablonenhaftes Vorgehen. Es wird die richtige Auswahl getroffen und für das leibliche und seelische Wohl in diesen privaten Wohltätigkeitseinrichtungen gesorgt werden müssen. Dadurch könnte im grossen Umfang eine budgetäre Entlastung der Gemeinde herbeigeführt werden, ohne dass der Fürsorgezweck, den die Gemeinde zu erfüllen hat, auch nur im geringsten eine sachliche Beeinträchtigung erfahren müsste. Sie haben unsere darauf abzielenden Anträge immer abgelehnt.

Ich habe persönlich in den letzten Monaten immer wieder im Stadtrat, im Finanzausschuss, im Gemeinderat gebeten, Sie mögen doch wirklich an eine ernste Revisión der ganzen Gemeindepolitik, insbesondere der Gemeindeabgaben schreiten. Sie haben das immer abgelehnt und kommen und dann mit Sätzen nur für die rückständigsten Menschen berechneten Vergleiche. Heute hat uns der Finanzreferent vorgehalten, was für Steuern früher waren und wie verhältnissmässig klein die Steuern von heute sind. Wir sind nicht so töricht und nicht so schlecht, etwa zu leugnen, dass der Mietzins und der Hausbesitz von heute wesentlich weniger mit Steuern belastet ist als in der Vorkriegszeit. Aber beim ^{neuer} Vergleich zwischen den einzelnen Steuern entscheiden nicht die ziffernmässigen Resultate. Entscheidend ist, dass die damalige Wirtschaft und Bevölkerung auf einen viel höheren Lebensstandard war als heute. Was hat die Bevölkerung von Wien von scheinbar niedrigen Steuern, wenn sie in dieser Unsumme von Elend verkommen muss? (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV

Wien, am

Und was die Tarife anlangt, so hören sie doch endlich auf, sich auf Tatsachen zu stützen, an denen sie ganz und gar unschuldig sind. Sie können nicht die Tarife von heute mit den Tarifen von ohnedem vergleichen. Genau so ist es mit der Abfuhr der Gewinne der Unternehmungen an die Gemeindenkasse. Die Gewinne von einst wurden ausländischen Kapitalisten abgenommen und der Wiener Bevölkerung zugeführt. Diese Ueberweisungen haben nur zu einer Verbilligung geführt, haben dazu geführt, dass 10 Jahre lang keine Steuererhöhungen vorgenommen werden mussten und dass die Stadt Wien aus einem verwahrlosten Zustand heraus zu einer wirklichen Grosstadt gemacht werden konnte. Diesen Ueberweisungen sind die Spitäler, die Gartenanlagen, diesen Ueberweisungen ist der gesamte Aufstieg der Stadt Wien zu verdanken. Natürlich können Sie heute sagen, Ihr Gaspreis sei billiger. Aber auch das ist nicht Ihr Verdienst, denn die Erbauungskosten der Werke stehen heute fast zu Null im Buch, da die Unternehmungen durch die Inflation schuldenfrei geworden sind. Es haben sich auch ungeheure technische Fortschritte vollzogen; das bedeutet wieder eine wesentliche Herabsetzung der Betriebskosten. Dass Sie heute die Möglichkeit haben, die Gas- und Elektrizitätswerke ohne Gefährdung mit sichtlicher Sanierung Ihres finanziellen und kaufmännischen Inhaltes, mit steigender Entwicklung ihrer technischen Leistungsfähigkeit Ihr eigen nennen zu können, das danken Sie dem Umstand, dass die christlichsoziale Partei einen Menschen, den Direktor Menzel, herausgefunden hat, der nicht nur mit dem Kopf, sondern auch im Herzen und in der Seele mit grösster Gewissenhaftigkeit am Werke ist.

Es ist auch darauf hingewiesen worden, dass wir bei unserer Stellungnahme in der Frage der Wertzuwachsabgabe für die Regierung und, dass die Regierung selbst hier für die Häuserspekulanten Partei ergreift. Ist der Hausbesitz valorisiert? Nein! Und wenn die Häuser gar zum zwangsweisen Verkauf kommen, so sind sie schon gar nicht valorisiert. Wer sind die Spekulant, die verkaufen oder die kaufen? Der sein Haus verkauft, ist unter den heutigen Verhältnissen sicherlich nicht als Spekulant zu bezeichnen. Die meisten Hausverkäufe werden entweder durch Zwangsversteigerung oder durch die moralisch-wirtschaftliche Zwangslage vorgenommen. Die zum Zwangsverkauf gelangenden Häuser werden zwei Mal bis drei Mal versteigert, ohne dass ein Anbot gemacht wird. Die Häuser werden oft auch noch unter dem Ausrufungspreis an den Mann gebracht. Die Verkäufer sind jene Vorkriegshausbesitzer, die sich über die Krisenzeit bis zum heutigen Tag als Hausbesitzer fortschleppten. Nun müssen sie von ihrem Eigentum Abschied nehmen und müssen ausserdem noch die Wertzuwachsabgabe bezahlen, obwohl sie wie die Dirne vom Tanz bei einer solchen Versteigerung ihres Eigentums weggehen müssen. Was hier geschieht, ist ungerecht, ist hirnrissig. Daher hat die Regierung eingegriffen und nun beklagen Sie sich darüber.

Ihr Steuersystem ist ein schwaches, ist ein verwerfliches System aber es ist ein gut ausgeklügeltes System, Breitner selbst hat gesagt, dass dieses System nur für die Zeit der Inflation haltbar ist und das es umgebaut werden müsse, wenn wieder gesicherte Zustände da sind. Es ist aber bis heute zu keinem Umbau des Systems gekommen, da Sie glauben, dass Ihr System ewigen Bestand haben könne.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV.

Wien, am _____

Jedes System kann aber nur wieder systematisch umgebaut werden. Eingriffe von aussen müssen naturnotwendig zu Zerstörungen und unter Umständen zu Missgriffen und Schädigungen führen. Ich verhehle gar nicht, dass die Entscheidung, die die Regierung gestern getroffen hat - auch ich kenne ihren Wortlaut nicht - nicht nach meinem Geschmack ist. Ich bin der Meinung, und mit mir sind alle christlichsozialen Gemeinderäte der gleichen Meinung, dass bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Revision der Gemeindesteuern, bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, den bedrängten Wirtschaftskreisen zu Hilfe zu kommen, die paar Dutzend Grosskinobesitzer die allerletzten sind, die sich melden dürfen. Wenn nun diese mit Streik gedroht haben, dann kann ich der Regierung gegenüber nur sagen, ich wundere mich darüber, dass dies wirklich ein Argument sein soll, das auf sie gewirkt hat. Die Regierung, die autoritäre Regierung, ist mit anderen Leuten fertig geworden. Sie hat die Alpine Montangesellschaft zu Paaren getrieben, als die sie glaubte, mit ihrer Arbeiterpolitik das Werk der Regierung sabotieren zu können. Ich glaube, diese Regierung wäre auch mit den paar Dutzenden Leuten, mit der Arbeiterbank und mit Bela Hönig fertig geworden, wenn sie gestreikt hätten. Hier ist sicherlich - und das sage ich mit der vollen Verantwortung, der ich mir bewusst bin, - ein schwerer Missgriff geschehen. Ich klage die Regierung auch deswegen nicht an. Schuld daran sind einzig und allein Sie. Wer fremde Eingriffe vermeiden will, namentlich in einer solchen närrischen Zeit, wie es die heutige ist, der muss darauf Bedacht nehmen, dass alle Einbrüche seines Hauses gut verschlossen sind, er muss dafür sorgen, dass die Gemeindeautonomie in ihrem Ansehen durch borniertes Festhalten an einem überlebten und zum Verbrechen gewordenen Steuersystem nicht geschädigt werde. Beklagen Sie sich nicht über das, was in der letzten Zeit geschehen ist. Klopfen Sie sich an Ihre Brust und sprechen Sie ihr dreimaliges mea culpa.

Ihre Schuld ist es, wenn heute zum Leidwesen jedes Menschen, der von der Grösse der deutschen Gemeindeautonomie etwas empfunden hat, der mit dieser Gemeindeautonomie auf das innigste verbunden ist, ⁱⁿ diese Autonomie Eingriffe geschehen von Seite der Regierung; aber noch viel gefährlicher und noch viel schlimmer ist es, dass die schwersten Angriffe aus der Psyche des Volkes herauskommen. Ich kann Sie nicht davon freisprechen, dass Sie die Schuld an diesen Zuständen tragen. Nicht die Regierung und nicht die Leute, die draussen hetzen, und nicht die Stimmung, die sich gegen die Autonomie immer heftiger geltend macht, sind zur Verantwortung zu ziehen, sondern - wie einer der Redner vor kurzem gesagt hat; Sie sind die Totengräber der Gemeindeautonomie. (Beifall b. d. Chr. soz.)

Wir selbst halten an dieser Autonomie fest und wir waren wirklich zu allem bereit, zu den weitestgehenden Entschliessungen, mitzuhelfen, dass dieser Gemeindehaushalt in Ordnung gebracht, dass er an die Bedürfnisse und Forderungen der heutigen Zeit angepasst werde. Sie haben unsere Hand und unsere Ratschläge zurückgewiesen. Gut, wir werden das damit abfinden. Freilich sage ich Ihnen das eine, dass mir persönlich dieses Abfinden unendlich schwer fällt. Ich habe die Kämpfe eines Luegers um die Gemeindeautonomie gegen die liberale Bürokratie und gegen die bornierten Regierungen in den 90er Jahren mitgekämpft und mitgemacht. Ich habe miterlebt und mitgearbeitet, wie unter dieser Gemeindeautonomie der Bevölkerung das Leben leicht gemacht wurde, wie in dieser Gemeindeautonomie der österreichische, der Wienerische Gedanke in der ganzen Welt seinen Siegeszug gehalten hat.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI.

Wien, am

Nach dreissigjähriger Arbeit ~~sahen~~ zu müssen, wie diese Autonomie am Boden liegt, das ist das schmerzlichste, was einem Mann meiner Stellung nach 40 Jahren überhaupt passieren kann. Darum sage ich noch einmal:
Thun Sie, was Sie in Ihrer Pflichterfüllung gegenüber den Bedürfnissen des Volkes und gegenüber den Bedürfnissen unserer Wirtschaft machen müssen. Machen Sie das alles selbst, bevor andere an Ihre Stelle treten, von denen man durchaus nicht weiss, ob sie es besser treffen werden. (Beifall bei den Chr. scz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII

Wien, am.....

Stadtrat Dr. Alma Motzko (Christlichsozial) erklärt, dass die Mehrheit in diesem Voranschlag zum ersten Mal mit einer Fiktion gebrochen hat, die sie 14 Jahre aufrecht erhielt, mit der Fiktion von der Prosperität der Stadt. Sie macht heute ein Durchhalte-budget. Dazu ist es aber zu spät, die Mehrheit hätte früher dafür sorgen müssen, dass die Bevölkerung durchhalten kann. Im Gegensatz zum vorgehen der Wiener Gemeindeverwaltung stehen die Massnahmen der Bundesregierung, auch der früheren Bundesregierungen, die darauf abgestellt waren, wenigstens in wichtigen Punkten der Wirtschaft Erholung zu gönnen. Die Hinaufsetzung des steuerfreien Mindesteinkommens bei der Personaleinkommensteuer, die Herabminderung der Sätze der Eerwerbsteuer, die Novellierung der Gewerbeordnung, die Gewerbesperre, die Sicherung des Kundenkreises, die Aufhebung des Verzögerungszuschlages, die Herabminderung der Verzugszinsen, das alles sind Versuche, die Lage der Wirtschaft zu erleichtern. Die Sozialdemokraten haben sich einfach mit einem Trugschluss zufrieden gegeben. Sie haben festgestellt, die Bevölkerung zahlt, also ist sie leistungsfähig. Die Bevölkerung hat gezahlt, weil die Steuern mit einem ungeheuren Terror eingetrieben wurden und weil die Bevölkerung Wiens von einer unglaublichen Langmut ist. Aber auch diese Langmut musste endlich ihre Grenze finden und so ist es kein Wunder, wenn überall ein unbeugsamer Widerwille gegen das gesamte Steuersystem der Wiener Bevölkerung zum Durchbruch kommt. Heute verlangt die steuerzahlende Bevölkerung eine gründlichere ^{Re}Medur im Steuerwesen der Gemeinde Wien.

Auch die Wohlfahrtspolitik der Gemeinde ist an ihren Grenzen angelangt. Die Wohlfahrtspolitik einer Gemeinde muss in einem vertretbaren Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, zur Tragfähigkeit der Wirtschaft stehen. Alle Anträge der Minderheit, die auf eine Vereinfachung der Fürsorge, auf eine Herabminderung des Fürsorgeaufwandes und dabei auf eine bessere Anpassung der Fürsorgeleistung an das Fürsorgebedürfnis der Bevölkerung abzielten, wurden abgelehnt. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat den Zweck der Fürsorge so formuliert: Die Fürsorge muss das stärkste Werbemittel für die sozialdemokratische Partei sein. Die Kindergartengründungen, das Hortwesen und die Anstaltsfürsorge das alles war ein einziger Rattenfängerzug, um die Jugend von klein auf in das geistige Milieu des Sozialismus hineinzuführen. Eine solche Fürsorge muss das Schicksal einer Seifenblase teilen. Die Liquidierung dieser zusammengebrochenen Illusionen zahlt aber die Bevölkerung und das Personal dieser Anstalten. Nach den amtlichen Mitteilungen sind in der offenen Fürsorge für Erwachsene 43.000 Erhaltungs-Beitragsempfänger, in der offenen Kinderfürsorge rund 38.000 unterstützte Kinder. ~~Im~~ ^{Im} Rechnungsabschluss von 1913 sind Erziehungsbeiträge von 4 Goldkronen im Monat an 11.077 Kinder ausgewiesen, ausserdem wurden Waisengelder im Betrage von 6 - 10 Goldkronen im Monat an 6.665 Kinder gegeben, und Kostgelder an 4.761 Kinder. Es standen also im Friedens- und Wohlfahrtsjahr 1913 22.494 Kinder in der Fürsorge der Stadt. Ueberdies sind an 44.881 alte erwerbsunfähige oder erwerbsverminderte Menschen Erhaltungsbeiträge gezahlt worden. Im Vergleich zu damals ~~steht~~ ^{steht} also die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde zurück. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass die Massnahmen der Bundesregierung, so schmerzlich sie für die Finanzen der Stadt Wien sein mögen, nicht die Ursache der Einschränkung der Fürsorgetätigkeit sind, sondern, dass diese Einschränkung durch ~~den Steuerwahnsinn~~ ^{den Steuerwahnsinn} der Wiener Gemeindeverwaltung verursacht wurde.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVIII

Wien, am.....

Die Einsichtslosigkeit der Gemeindeverwaltung äussert sich auch in ihrer Wohnungs- und Wohnbausteuerpolitik. Niemand wird leugnen, dass eine Gemeindeverwaltung für das Wohnbedürfnis der Bevölkerung aufzukommen hat. Die Sozialdemokraten haben aber nicht nur Wohnungen beigelegt, sondern sie haben auch die Zinse sozusagen geschenkt und haben dadurch eine Kaste von Menschen geschaffen, die ohne Rücksicht auf ihre ~~an~~ materielle Bedürftigkeit ein besonderes Privileg geniessen. Von den 60 - 70.000 Wohnparteien in den Wiener Gemeindehäusern wären wohl 20- oder 30.000 in der Lage, höhere Zinse zu zahlen, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. Die Rednerin zeigt an einer grossen Zahl von Beispielen die unverhältnismässige Höhe der Wohnbausteuer ^{im Vergleich} zum Mietzins. Die Wohnbausteuer baut sich auf dem hohen Friedenszins auf, aber die Geschäfte, die diese hohe Wohnbausteuer zahlen müssen, mussten ihre Angestelltenziffer von 60 und 70 im Frieden auf 20 und weniger reduzieren, ihr Umsatz ist unter die Hälfte des Friedensumsatzes gesunken. Diese Liste ist das Zeugnis ^{des} /wahnsinnigen Vernichtungskampfes, den die Wiener Gemeindeverwaltung gegen die Steerkraft der Bevölkerung geführt hat. Sogar die Leute ^{an} Bruckhausen und in Bretteldorf, wo es nur eine einzige Strasse, wo es kein Licht und keine ausreichende Wasserversorgung gibt, müssen Wohnbausteuer zahlen. Es ist daher kein Wunder, dass die Bevölkerung von Wien in ihrer Erbitterung über die sozialdemokratische Partei alles über Bord wirft, was zu den demokratischen Begriffen gehört hat, es ist kein Wunder, dass sie auch die Gemeindeautonomie über Bord wirft, weil die Sozialdemokraten, gestützt auf diese Autonomie, ^{wie} ein Fremdkörper im Organismus der Wiener Bevölkerung gewirkt haben, ohne Bekenntnis zum Vaterland und ohne Willen, für die Gesamtheit Opfer zu bringen. Die Sozialdemokraten allein tragen die Verantwortung und sie werden auch die Rechnung bezahlen müssen, Ueber allen Verwaltungsakten, die sie setzen, steht ebenso wie über dem Voranschlag für 1934 die Qualifikation: Zu spät!

(Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen)

Die Verhandlung wird abgebrochen; nächste Sitzung Dienstag, den 19. ds. 16 Uhr.

Schluss der Sitzung 21 Uhr

.....